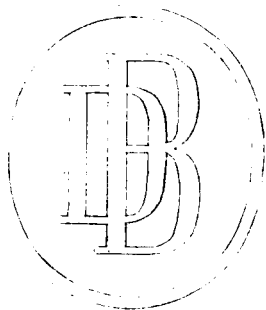


BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHAFTSBERICHT *für das Jahr 1960*

BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHAFTSBERICHT *für das Jahr 1960*

TAGESORDNUNG

für die am Donnerstag, dem 27. April 1961, 12 Uhr,

stattfindende

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

I

Vorlegung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Jahr 1960
mit dem Bericht des Aufsichtsrats
Feststellung des Jahresabschlusses

2

Beschlußfassung über die Gewinnverteilung

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und
des Aufsichtsrats für das Jahr 1960

4

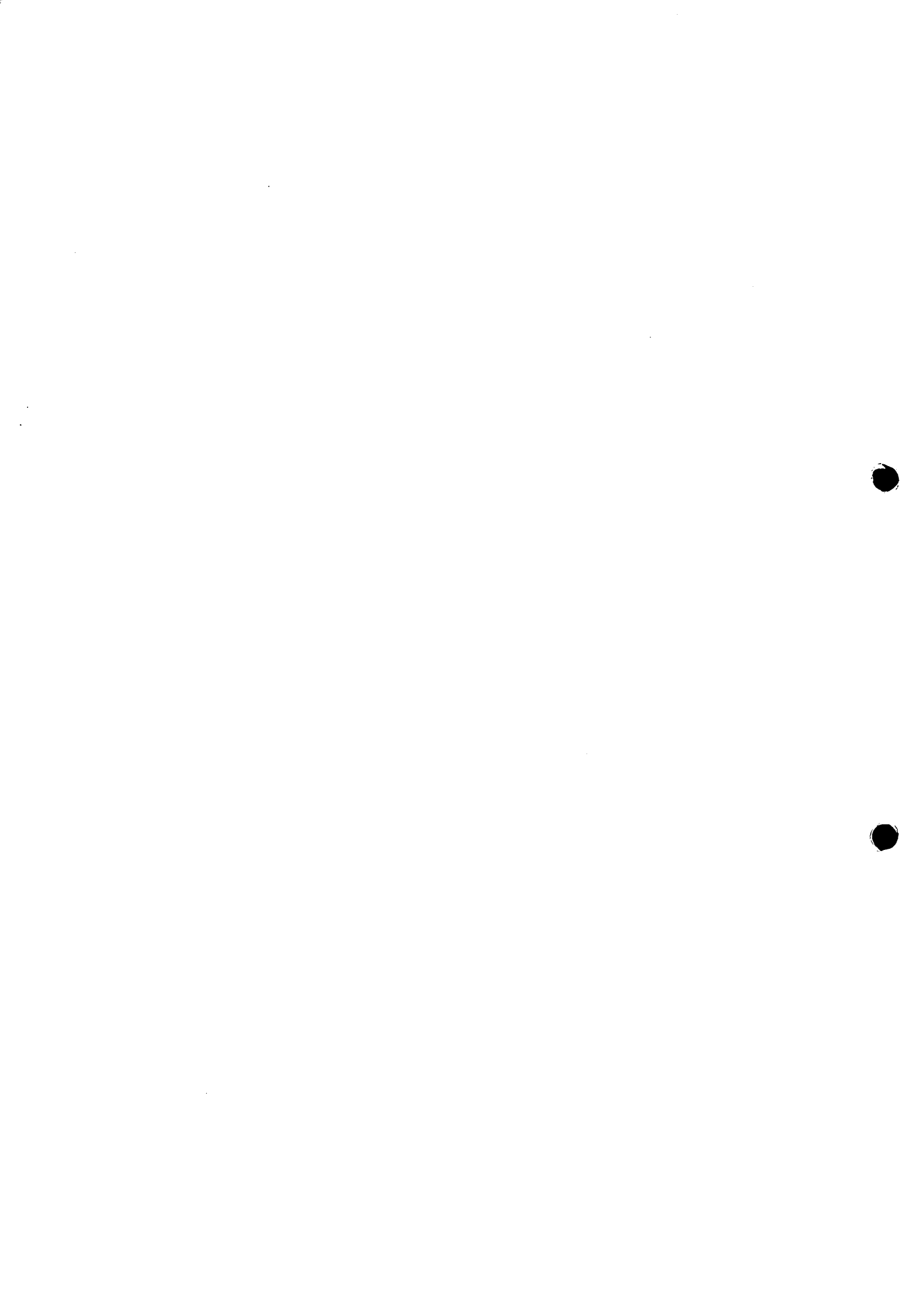
Festsetzung der Vergütung an den Aufsichtsrat

5

Neuwahl des Aufsichtsrates

6

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1961



AUFSICHTSRAT

DR CLEMENS PLASSMANN, Düsseldorf, *Vorsitzer* bis 5. 5. 1960

FRITZ GRÖNING, Düsseldorf, *Vorsitzer* seit 5. 5. 1960

MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD, Hamburg,
stellvertretender Vorsitzter

DR WILHELM BORNER, Berlin

JULIUS FABIAN, Berlin

DR-ING. HEINRICH FREIBERGER, München

DR WOLFGANG GLATZEL, Düsseldorf

DR-ING. HANS HEYNE, Berlin

CARL-OTTO ROTHWEILER, Freiburg (Breisgau)

Vertreter der Arbeitnehmer:

BERNHARD DREWITZ, Berlin

WALTER FRANZ, Berlin

HORST JACOBS, Berlin

WERNER KONRAD, Berlin

VORSTAND

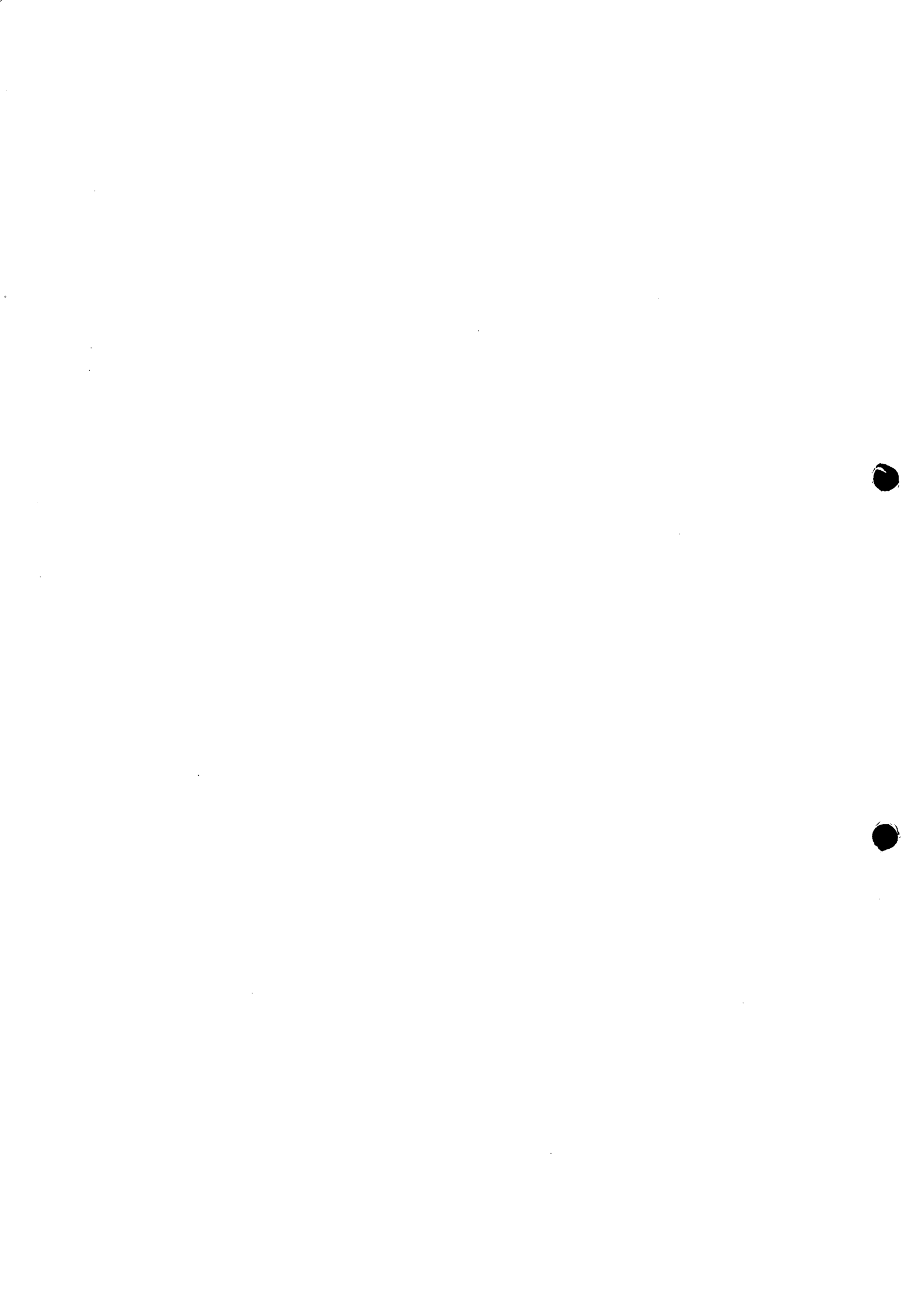
JOHANNES CHRISTIAN

HANS FUHRMANN

WERNER HENNIG

stellvertretend:

FRITZ DÖBEREINER



GESCHAFTSBERICHT DES VORSTANDES

Im Jahre 1960 hat sich die *Westberliner Wirtschaft* weiter aufwärts entwickelt. Dies kommt vor allem auch darin zum Ausdruck, daß trotz fortschreitender Rationalisierung und stärkerer Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie wiederum gesteigert werden konnte. Diese Steigerung betrug in 1960 17 000 Stellen, während sich in 1959 die Zunahme nur auf 7000 belief. Mit 936 000 Arbeitnehmern erreichte die Zahl der Beschäftigten in Westberlin im September 1960 einen neuen Höchststand.

Der Auftragsengang war weiterhin sehr lebhaft. Zur Zeit hat der Auftragsbestand eine so beträchtliche Höhe erreicht, daß auf viele Monate hinaus der Industrie ein gleichbleibend hoher Beschäftigungsgrad gesichert ist. Wie schon bisher haben auch diesmal Aufträge der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Stellen des Bundesgebietes hieran den ausschlaggebenden Anteil. Der Warenverkehr Westberlins mit Westdeutschland zeigt in 1960 ein durchaus günstiges Bild. Die Lieferungen in das Bundesgebiet betragen rd. 6,8 Milliarden DM, dagegen die Bezüge rd. 7,3 Milliarden DM. Im Vergleich zu den Resultaten der früheren Jahre ist der Fortschritt im Berichtsjahr unverkennbar. Die Verringerung des Fehlbetrages auf $\frac{1}{2}$ Milliarde DM hat die Westberliner Wirtschaft dem Ziele erheblich näher gebracht, durch Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur zu einem Ausgleich im Warenverkehr zu gelangen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Westberlin mit dem Konjunkturaufschwung im Bundesgebiet Schritt gehalten hat.

Der *Kapitalmarkt* stand im Berichtsjahr unter stark wechselnden Einflüssen. Die Hochkonjunktur, der außerordentliche Zugang Anlage suchenden Kapitals aus dem Ausland sowie die restriktive Politik der Notenbank kennzeichneten den Rahmen. Die Kapitalbildung nahm weiter zu. Das private Sparen übertraf noch die beachtliche Höhe des Vorjahres. Der Publikumsverkauf von Aktien und festverzinslichen Werten gewann weiter an Bedeutung. Die mit der Veräußerung des VW-Werkes fortgesetzte Privatisierung staatlichen Vermögens wird zu einer erheblichen Ausdehnung des Kreises der Wertpapierbesitzer führen. Das Ziel der Maßnahme ist, einen möglichst großen Teil der neuen Anteilseigner als Daueranleger zu gewinnen. Die gesetzliche Beschränkung der Stimmrechtsausübungen für diejenigen VW-Aktionäre, die sich in der Hauptversammlung vertreten lassen, halten wir nicht für richtig, da sie das Abstimmungsergebnis in der Hauptversammlung verfälscht.

Das Emissionsvolumen festverzinslicher Wertpapiere blieb 1960 nicht zuletzt durch die Liquiditätsbeschränkungen der Notenbank mit insgesamt 5,6 Milliarden DM merklich hinter dem im Vorjahr erzielten Ergebnis von 10,6 Milliarden DM zurück. Die Industrie hat den Rentenmarkt überhaupt nicht in Anspruch genommen. Diese erstaunliche Tatsache ist mit auf den sich in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres auswirkenden Anstieg der Verzinsung

neu emittierter Papiere auf $6\frac{1}{2}$ bis 7 % zurückzuführen. Häufig, aber doch nicht immer, war es den Unternehmen möglich, den akuten Bedarf an langfristig verfügbaren Mitteln mit Hilfe von Kapitalerhöhungen oder durch Aufnahme von Schuldscheindarlehen zu decken.

Zu den Begleiterscheinungen des hohen *Kapitalmarktzins*es zählt es, daß die in den vorausgegangenen Jahren emittierten Obligationen mit niedrigen Zinssätzen teilweise nicht unerheblich unter den Emissionskurs sanken. Die abträglichen Auswirkungen eines derartigen Vorgangs auf das Interesse der Sparer am Rentenmarkt dürfen nicht unterschätzt werden.

Vom letzten Drittel des Jahres an setzte sich, gefördert durch einen schrittweisen Abbau des Diskontsatzes von 5 auf $3\frac{1}{2}$ %, ein Rückgang des Kapitalmarktzinses auf knapp 6 % Anfang März 1961 durch. Kursverbesserungen bei den Rentenwerten waren die Folge. Hochverzinsliche Industrieobligationen und öffentliche Anleihen profitierten von der Nachfrage ausländischer Kreise.

Sollten der neue Kurs der Diskontpolitik und die sich anbahnende Normalisierung des Kapitalmarktzinses von Dauer sein, dann dürfen begrüßenswerte Auswirkungen auf die Anlagebereitschaft des Publikums in Renten und für die Neuemission solcher Papiere erwartet werden.

Das Angebot an Dividendenwerten wurde durch die Begebung junger Aktien im Werte von 1,9 Milliarden DM gegenüber 1,3 Milliarden DM im Jahr zuvor vermehrt. Über-Pari-Emissionen wurden bevorzugt, doch gewannen vielfach solche zu Pari an Bedeutung; sie wurden an Stelle von Kapitalberichtigungen vorgenommen. Von der Möglichkeit, Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln vorzunehmen, wurde rege Gebrauch gemacht.

Der Index der *Aktienkurse* erhöhte sich wieder beträchtlich, und zwar um 38 %. Die durchschnittliche Dividende der börsennotierten Aktien stieg von 10,6 % Ende 1959 auf knapp 12 % Ende 1960. Infolge der Kurssteigerungen sank aber die Rendite von 2,2 auf 2 %. Im Laufe des Jahres schwankten die Kurse erheblich; in Anbetracht der enger gewordenen Verflechtung der Bundesrepublik mit den ausländischen Kapitalmärkten sowie des relativ hohen Kursniveaus kann dieser Vorgang nicht überraschen. Bei vielen Unternehmen ist aber bei weiterer Ausdehnung der Volkswirtschaft mit realen Wertsteigerungen zu rechnen, die in der Kursentwicklung zum Ausdruck kommen dürften.

Die Käufe inländischer Wertpapiere durch Ausländer stiegen im Berichtsjahr und übertrafen die Verkäufe um über 2 Milliarden DM. Das Verzinsungsverbot für Ausländerguthaben, das Anfang Juni in Kraft trat, und die Einstellung des Verkaufs von Geldmarktpapieren an Ausländer förderten diese Entwicklung. Ausländische Werte wurden durch Inländer kaum weniger erworben als 1959; es vermehrten sich aber nicht unerheblich die Verkäufe solcher Papiere, so daß insgesamt ein Rückgang eintrat. Er machte sich in der Hauptsache bei ausländischen Rentenwerten bemerkbar.

Wiederum wurden angesehene *ausländische Dividendenwerte* zum amtlichen Handel an deutschen Börsen eingeführt. Doch ließen sich im ganzen gesehen nur mäßige Fortschritte erzielen. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür sind die relativ hohen Kosten für die Einführung ausländischer Werte an deutschen Börsen. Die Wertpapiersteuer hat, obwohl die Möglichkeit einer pauschalen Ablösung in der Regel ausgenutzt wurde, nahezu einen prohibitiven Charakter angenommen. Mit einer Politik, die eine Vertiefung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen anstrebt, befindet sich dies unseres Erachtens im Widerspruch. Sollte es nicht möglich sein, diese Steuer in Kürze gänzlich abzuschaffen, so wäre es ein begrüßenswerter erster Schritt, sie wenigstens innerhalb der EWG fortfallen zu lassen.

Zu wünschen ist in diesem Zusammenhang auch, daß allmählich die Bestimmungen für die Börsenzulassung von Wertpapieren vereinheitlicht werden. Wir sind uns bewußt, daß größere Fortschritte in dieser Hinsicht wahrscheinlich nur möglich sind, wenn es gelingt, das Gesellschaftsrecht der beteiligten Länder in den Grundzügen einander zu nähern. Erfolge dürften damit vielleicht am ehesten in der EWG erwartet werden.

Währungspolitisch stand das Berichtsjahr für die Bundesrepublik im Zeichen erheblicher *Devisenüberschüsse*. Der Zugang an Gold und Devisen in Höhe von rd. 8 Milliarden DM — im Jahr zuvor war ein Defizit von rd. 2 Milliarden DM zu verzeichnen — ist jedoch überwiegend auf außerordentliche und nicht regelmäßig wiederkehrende Transaktionen zurückzuführen. Der Saldo der Handelsbilanz veränderte sich dagegen nur wenig. Die Einfuhr stieg mit 19 % sogar stärker als die Ausfuhr, die um 16 % zunahm. Im Handel mit vielen Ländern ist eine Abnahme von Überschüssen oder eine Vergrößerung von Defiziten zu verzeichnen. Von den Vereinigten Staaten bezog die Bundesrepublik rd. 60 % mehr, als sie dort absetzte; das Defizit gegenüber den USA hat sich im Berichtsjahr verdreifacht.

Die bereits erwähnte Zunahme ausländischer Kapitalanlagen in der Bundesrepublik ist zum Teil auf den Anstieg des innerdeutschen Zinsniveaus im Jahre 1959/1960 zurückzuführen. Diese Tatsache hat auch dazu beigetragen, daß der westdeutsche *Geld- und Kapitalexport* insgesamt rückläufig war und die Devisenposition der Bundesbank als Folge der Kreditaufnahme deutscher Unternehmen im Ausland verstärkt wurde. Mehr noch aber bewirkten spekulative Erwartungen einen Zugang an fremder Währung; sie wurden insbesondere durch Gerüchte über die Aufwertung der D-Mark oder Veränderungen des Außenwertes anderer Währungen genährt.

Es ist in Westdeutschland bisher nicht zu einem ernstem Konflikt zwischen Binnen- und Außenstabilität der Währung gekommen. Auch kann nicht von einer generellen Preisüberlegenheit der deutschen Exporteure oder von einem allgemeinen Vorsprung bei den Lieferfristen die Rede sein. Dennoch hielt es die Bundesregierung im März 1961 im Interesse der Stabilität des Preisniveaus und des Ausgleichs der Zahlungsbilanz für richtig, die D-Mark aufzuwerten und als neue Parität das Verhältnis von 4 DM = 1 \$ festzusetzen. Die Auswirkungen dieser Maßnahme bleiben abzuwarten.

Zu hoffen ist, daß sich in Zukunft die *Zahlungsbilanzpolitik* im In- und Ausland sowie die *Wechselkurse* an langfristig gültigen Tatbeständen orientieren. Diesem Grundsatz kommt unseres Erachtens angesichts des inzwischen wieder erreichten hohen Grades an internationaler Verflechtung im Güter-, aber auch im Kapitalverkehr eine fundamentale Bedeutung zu. Allerdings dürften anhaltende Störungen im Gleichgewicht von Zahlungsbilanzen, falls es einmal dazu käme und die Bundesrepublik dann zu den Überschußländern gehörte, nicht etwa mit Hilfe einer inflationären Entwicklung ausgeglichen werden.

Das Verlangen nach *Preisstabilität* ist als antiliberal bezeichnet worden. Diejenigen, welche die Notwendigkeit einer Stabilerhaltung der Kaufkraft nicht anerkennen, sollten nicht unterschätzen, daß eine Geldentwertung unvermeidlich zu schwerem Unrecht führt. Sie sollten sich vor Augen halten, daß ein Kaufkraftschwund mit der Zeit das freiwillige Sparen lähmt, die Wirtschaftlichkeit der Investitionen beeinträchtigt und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Aktivität im Wirtschaftsleben stört. Die richtig verstandene, nicht starr interpretierte Preisstabilität ist als eine elementare Voraussetzung für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung anzusehen.

Es hat den Anschein, als ob die außerordentlichen Einflüsse, die im vergangenen Jahr den westdeutschen Geld- und Kapitalexport beeinträchtigten und den -import begünstigten, bereits an Kraft verloren hatten, noch bevor es zu einer Änderung des Wechselkurses kam. So ist der Aktivsaldo der Kapitalbilanz seit seinem Höhepunkt im zweiten Quartal des Berichtsjahres merklich zurückgegangen, obwohl die privaten ausländischen Anlagen in der Bundesrepublik bis zum Jahresende zugenommen haben.

Bundesregierung und Wirtschaft unternehmen außerordentliche Anstrengungen, um den *Finanzbeitrag für Entwicklungsländer* zu erhöhen. Die ohnehin zu erwartenden privaten und öffentlichen Leistungen an das Ausland werden hierdurch voraussichtlich im laufenden Jahr um einen Betrag von mindestens 3,5 Milliarden DM vermehrt werden. Hinzu kommen vielleicht noch Zahlungen für die vorzeitige *Tilgung von Auslandsschulden* u. a. Nur ein kleiner

Teil der erwähnten Beträge dürfte zur Bezahlung von Wareneinkäufen in der Bundesrepublik und Westberlin Verwendung finden, zumal von Auflagen zugunsten deutscher Exporteure grundsätzlich abgesehen werden soll.

Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung ab 1961 bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie bei der Vermögensteuer den besonderen Risiken der privaten Auslandsinvestitionen Rechnung tragen wird. Es bleibt abzuwarten, ob Art und Umfang der vorgesehenen Maßnahmen genügen werden, um — im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren — Investitionen insbesondere in Entwicklungsländern anzuregen. Auf den Abschluß von Investitionsschutz- sowie Doppelbesteuerungsabkommen wird keinesfalls verzichtet werden können.

Mit Sorge beobachten wir eine Tendenz, sich mit der in Gang befindlichen Bildung wirtschaftlicher Gruppen im westlichen Europa abzufinden oder sogar aus der Not eine Tugend werden zu lassen. Wir fürchten, daß die schwerwiegenden Nachteile einer derartigen Entwicklung, die selbst bei ausschließlich ökonomischer Betrachtung zu erwarten wären, von einem Teil der Verantwortlichen erheblich unterschätzt werden. Es heißt unseres Erachtens weder die EWG preisgeben noch sie verwässern zu wollen, wenn die Verhütung einer Blockbildung im westlichen Europa als Aufgabe ersten Ranges bezeichnet wird. Das Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der atlantischen Gemeinschaft zu vertiefen und diese durch einen regen Handel mit der übrigen Welt zu ergänzen, steht mit dieser Auffassung nicht im Widerspruch. Im Gegenteil sind auch in dieser Hinsicht neue Impulse zu erwarten, wenn es im westlichen Europa zu einem »Brückenschlag« kommt. Natürlich hätte dieser den Vorschriften des GATT zu entsprechen.

Die internationale Zusammenarbeit im Geld- und Kapitalverkehr hat bisher durch die Gruppenbildung im westlichen Europa nicht gelitten. Das ist vor allem der Konvertierbarkeit der Währungen und der Zusammenarbeit der beteiligten Staaten im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und des Europäischen Währungsabkommens zu verdanken. Unter allen Umständen gilt es, auf dem bisherigen Weg fortzuschreiten. Projekte, die darauf abzielen, währungspolitische Institutionen einer der regionalen Gruppen zu schaffen oder auszubauen, sind unseres Erachtens nach wie vor skeptisch zu beurteilen.

Die *Devisenüberschüsse* haben bei den Geschäftsbanken im Berichtsjahr nicht zu einer monetär bedenklichen Liquidität geführt. Eine Erhöhung des Mindestreservesolls aller Institute von rd. 8 Milliarden DM Ende 1959 auf 12,3 Milliarden DM Ende 1960, ein Anstieg der Kassenreserven öffentlicher Stellen bei der Bundesbank und die Staatsausgaben im Ausland hatten einen Mittelentzug von fast 10 Milliarden DM zur Folge. Dies, zusammen mit einer Ausweitung des Bargeldumlaufs und Offen-Markt-Operationen der Bundesbank, einschließlich einer besonderen Bindungen unterliegenden Übernahme von Schatzanweisungen durch die Kreditinstitute in Höhe von einer Milliarde DM, bewirkte, daß den Banken noch mehr an Liquidität entzogen wurde, als ihnen infolge der Devisenüberschüsse der Wirtschaft zufließt.

Die Ansicht, die Bremsen der *Notenbank* hätten im Berichtsjahr bei den Banken nicht mehr gewirkt, können wir nicht teilen. Die Aktivität der Kreditbanken war durch den vorerwähnten Liquiditätsentzug fühlbar eingeengt. Trotzdem erhöhten sich die Debitoren — oft auf Grund älterer Kreditzusagen — nicht unerheblich. Der Debitorenzuwachs war im wesentlichen durch die Ausweitung der Volkswirtschaft bedingt. Ohne zusätzliche Kredite hätte sich der auch monetär wünschenswerte rasche Anstieg der Produktion nicht verwirklichen lassen. Es wären insbesondere die Rationalisierungsmaßnahmen, die nötig waren, um den Engpaß auf dem Arbeitsmarkt erträglich zu machen, nicht ausreichend finanziert worden.

Die Maßnahmen der Notenbank sowie die Stilllegung öffentlicher Gelder bei der Bundesbank beeinträchtigten die Liquidität der Kreditbanken stärker als diejenige anderer Institute. Die Einlagen der Kreditbanken stiegen nicht dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum entsprechend. Eine sehr unterschiedliche Beeinflussung der Liquidität der einzelnen Institutsgruppen durch Staat und Notenbank, wie sie das Berichtsjahr brachte, wird nur in seltenen Ausnahmefällen Verständnis finden können. So muß unseres Erachtens auch die derzeitige Höhe der Mindestreserven eine Ausnahme bleiben.

Der Kurswechsel in der Diskontpolitik dürfte, wie sich bereits in den ersten Monaten des laufenden Jahres bemerkbar machte, dazu beitragen, Geldmarktgeschäfte der Banken im Ausland zu beleben. Um sie wieder in größerem Umfang zu ermöglichen, wird auf einen Abbau der Mindestreserven, der bisher nur in bescheidenem Ausmaß vorgenommen wurde, kaum verzichtet werden können. Sehr wahrscheinlich werden die Banken nur auf diesem Wege den dazu nötigen Liquiditätsspielraum wiedergewinnen. Der Umfang neuer Kreditaufnahmen deutscher Unternehmen im Ausland sowie der Abbau bestehender Engagements wird wesentlich von der Entwicklung der internationalen Zinsrelationen und der Liquidität der inländischen Banken abhängen.

Die *Einlagen* bei uns haben sich im Geschäftsjahr um 7 % vermehrt; davon standen die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist mit 20 % an erster Stelle. Auf sie entfallen nunmehr 23,6 % der Kundeneinlagen gegenüber 19,7 % im Jahre 1955. Seither erhöhte sich die Zahl der Sparkonten um 96,8 %.

An der Zunahme der *Debitoren*, die sich auf 12,6 % belief, bei einem Anstieg des gesamten Kreditvolumens um 10,2 %, waren neben der Wirtschaft auch Private beteiligt.

Der *Persönliche Klein-Kredit* (PKK), ein Barkredit bis zu 2000,— DM, ist zu einem festen Bestandteil unseres Geschäfts geworden. Durch ihn haben bisher viele, von denen die meisten keine Verbindung zu einem Kreditinstitut gehabt haben dürften, den Weg zu uns gefunden.

Die *Effektenumsätze* der Bank überschritten die Vorjahrshöhe um rd. 10 %. Um die Inlandskundschaft über Anlagemöglichkeiten in Auslandswerten zu orientieren, wurde der Informationsdienst der Bank erweitert.

Im *Emissionsgeschäft* standen reguläre Kapitalerhöhungen im Vordergrund, später gewannen aber auch Kapitalberichtigungen aus Gesellschaftsmitteln an Bedeutung. Bei der Begebung festverzinslicher Werte waren Papiere der Öffentlichen Hand bei weitem vorherrschend. Börseneinführungen zugunsten privater Emittenten betrafen in der Hauptsache Schuldverschreibungen, die bereits im Vorjahr ausgegeben und placiert worden waren. Unter unserer Mitwirkung wurden Aktien von sieben bedeutenden ausländischen Gesellschaften an deutschen Börsen eingeführt.

Von der Möglichkeit zum prämiengünstigen Wertpapiersparen wurde in gesteigertem Umfang Gebrauch gemacht.

Die Emissionen und Börseneinführungen, an denen unsere Bank mitgewirkt hat, sind auf den Seiten 22/23 dieses Berichtes zusammengestellt. In 24 Fällen handelt es sich um festverzinsliche Papiere; 104 Fälle betreffen Aktien einschließlich Berichtigungsaktien.

Das Vermögen des Fonds INVESTA DER DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WERTPAPIERSPAREN M.B.H. stieg im Verlauf des Berichtsjahres von rd. 500 Millionen DM auf 667 Millionen DM. Der Absatz an Zertifikaten war bis zum August relativ ruhig; alsdann belebte er sich merklich. Die INVESTA-Anteile wurden zum zweiten Male in der Weise »gesplittet«, daß den Inhabern ein weiterer Anteil ausgehändigt wurde. Im Frühjahr 1960 trat die DEUTSCHE

GESELLSCHAFT FÜR WERTPAPIERSPAREN M.B.H. als erste deutsche Gesellschaft mit einem Raten-sparplan zum Erwerb von Investmentzertifikaten an die Öffentlichkeit. Der Absatz von INTERVEST-Zertifikaten war durch die ungünstige Entwicklung an einigen Auslandsbörsen beeinflußt.

Die Umsätze der Bank im *Auslandsgeschäft* — das sind insbesondere die über unser Institut geleisteten Zahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland — sind im Jahre 1960 weiterhin gestiegen. Die Umsatzsteigerung im vergangenen Jahr hatte ihre Ursache ebenso in einer Zunahme der von Kunden im Inland erteilten Aufträge wie auch in einer vermehrten Zuweisung von Geschäften durch unsere ausländischen Korrespondenten.

Den Wünschen der inländischen Kunden, ihnen Kredite zur Durchführung ihrer Außenhandelsgeschäfte zur Verfügung zu stellen, konnten wir im Berichtsjahr wieder voll entsprechen. Auch die Umsätze der Bank im Devisenhandel waren im Berichtsjahr erheblich.

Die mit Wirkung vom 1. Mai 1959 von der Deutschen Bundesbank erteilte Genehmigung, Guthaben von Ausländern bei deutschen Kreditinstituten zu verzinsen, wurde Anfang Juni 1960 wieder aufgehoben. Seit diesem Zeitpunkt dürfen in der Regel nur noch Sparguthaben von natürlichen Personen mit Wohnsitz im Ausland verzinst werden. Die Einlagen von Ausländern bei uns sind trotz dieser einschränkenden Maßnahmen nicht zurückgegangen.

Die Zahl unserer Mitarbeiter, die bei Ablauf des vorletzten Jahres 1214 betrug, erhöhte sich im Laufe des Jahres 1960 — insbesondere durch die Einstellung von Lehrlingen und Anlernlingen — auf 1243. Der Personalbestand gliedert sich wie folgt auf: 781 männliche und 373 weibliche Angestellte sowie 68 Lehrlinge und 21 Anlernlinge.

Auch im vergangenen Jahr förderten wir die Ausbildung unserer Lehrlinge und die fachliche Weiterbildung unseres Nachwuchses.

Wie in früheren Jahren wurde der Austausch von jungen Mitarbeitern mit der Deutsche Bank AG weiterhin gepflegt; einige unserer Betriebsangehörigen fanden wiederum Gelegenheit zu informatorischer Betätigung bei ausländischen Banken.

Unsere besondere Aufmerksamkeit haben wir den sozialen Belangen unserer Angestellten — auch im Rahmen unserer Wohlfahrtseinrichtungen — gewidmet.

Für die infolge der Ausweitung unseres Geschäfts an unsere Mitarbeiter gestellten hohen Anforderungen, die sie mit Fleiß und Tatkraft erfüllten, gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Unseren im Jahre 1960 verstorbenen acht Betriebsangehörigen und zwei Pensionären werden wir ein ehrendes Gedenken bewahren.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung bemerken wir folgendes:

Bilanzsumme

Im Berichtsjahr hat die *Bilanzsumme* der Bank um weitere 75,0 Millionen DM = 17 % von 441,7 Millionen DM auf 516,7 Millionen DM zugenommen.

Umsätze

Die *Umsätze* mit unserer Kundschaft — ohne in- und ausländische Banken — nahmen um 17,8 % zu.

Liquidität

Die wiederholten Erhöhungen der Mindestreservesätze im vergangenen Jahr und eine gleichzeitige Zunahme der reservspflichtigen Einlagen bedingten einen Anstieg unserer Guthaben bei der Deutschen Bundesbank um 13,9 Millionen DM auf 68,7 Millionen DM.

Unsere Verpflichtungen aus Einlagen waren zu 18,0 % gegen 15,9 % Ende 1959 durch Kassenbestände, Bundesbank- und Postscheckguthaben gedeckt. Unter Einbeziehung der täglich fälligen Nostroguthaben, fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine, der Schecks, bundesbankfähigen Wechsel, Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie beleihbaren Wertpapiere errechnet sich eine Gesamtliquidität von 49,0 % gegen 49,3 % im Vorjahr.

Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen

Die Inanspruchnahme von Wechselkrediten seitens der Kundschaft war fast unverändert. Vom *Wechselbestand* von 61,6 Millionen DM waren 55,7 Millionen DM bundesbankfähig.

Im Berichtsjahr haben wir unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland »L« im Nennbetrag von 2,5 Millionen DM erworben, zu deren Übernahme sich die Banken auf Initiative der Bundesbank bereit erklärt hatten.

Wertpapiere

Unser *Wertpapierbestand* nahm um 2,1 Millionen DM auf 52,9 Millionen DM zu. Die Bewertung der Bestände erfolgte wieder nach dem Niederstwertprinzip.

Ausgleichs- und Deckungsforderungen

Im Berichtsjahr haben sich unsere *Ausgleichsforderungen* von 9,3 Millionen DM auf 44,2 Millionen DM erhöht, da wir die in früheren Jahren im Zusammenhang mit Auftragsfinanzierungen veräußerten Ausgleichsforderungen zurückgekauft haben. Im Zuge dieser Transaktion erhöhten sich die Aufgenommenen langfristigen Darlehen, zu deren Besicherung wir Ausgleichsforderungen verpfändet haben.

Ausleihungen

Das Kreditgeschäft hat 1960 weiter zugenommen. Die seit Jahresanfang eingetretene Erhöhung der kurz- und mittelfristigen Kredite betraf ausschließlich Buchkredite. Die Inanspruchnahme von Wechselkrediten hielt sich etwa in Vorjahreshöhe. Bei den *Debitoren* trat eine Steigerung um 18,8 Millionen DM, d. h. 12,6 % von 149,3 Millionen DM auf 168,1 Millionen DM ein.

Das Persönliche Klein-Kreditgeschäft, das sich bereits im Vorjahr gut eingeführt hatte, wurde von uns weiter gepflegt.

Die *Langfristigen Ausleihungen* erhöhten sich um 8,9 Millionen DM von 36,9 Millionen DM auf 45,8 Millionen DM.

Soweit von uns zweckgebundene Gelder der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU an bestimmte Kreditnehmer weitergeleitet worden sind, wurden sie zu den Bedingungen dieser Anstalt weitergegeben.

Von der Kreditinanspruchnahme entfielen auf:

	Ende 1960	Ende 1959
Wechselkredite *)	66,0 Mill. DM = 23,6 %	67,7 Mill. DM = 26,7 %
Debitoren	168,1 Mill. DM = 60,0 %	149,3 Mill. DM = 58,8 %
Langfristige Ausleihungen . . .	45,8 Mill. DM = 16,4 %	36,9 Mill. DM = 14,5 %
	279,9 Mill. DM = 100,0 %	253,9 Mill. DM = 100,0 %

*) Summe der von der Bank angekauften Wechsel, soweit sie am Stichtag noch nicht fällig waren

Das Kreditvolumen gliedert sich nach Wirtschaftszweigen wie folgt:

5,7 %	Eisen- und Metallindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau
20,6 %	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik
17,8 %	Versorgungsbetriebe, Verkehrsunternehmen und Nachrichtenwesen
4,9 %	Bauwirtschaft und Holzverarbeitung
4,3 %	Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel
2,7 %	Textil und Bekleidung, Leder, Papier
1,1 %	Verschiedene Industriezweige
18,1 %	Handel
10,7 %	Kreditinstitute
14,1 %	Sonstige Kreditnehmer
	(einschließlich Persönliche Klein-Kredite)
100,0 %	

Durchlaufende Kredite

Der in der Bilanz ausgewiesene Betrag von 1,9 Millionen DM enthält erstmals auch Forderungen gegenüber Finanzämtern aus Prämiengutschriften nach dem Sparprämiengesetz einschließlich aufgelaufener Zinsen.

Beteiligungen

Die Erhöhung von 12 500,— DM entfällt auf die Leistung einer weiteren Einzahlung auf die im Vorjahr übernommene Beteiligung an der PRIVATDISKONT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main).

Grundstücke und Gebäude

Auf unser Bankgebäude haben wir 250 000,— DM abgeschrieben, wonach sich der Buchwert auf 3 500 000,— DM stellt.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die im Jahre 1960 aufgewendeten Beträge für Neuanschaffungen an Möbeln, Büromaschinen und sonstigen Einrichtungsgegenständen in Höhe von 720 900,— DM sind wieder voll abgebucht worden. Darüber hinaus haben wir für Umbauten in gemieteten Räumen, insbesondere für die Errichtung von drei neuen Zweigstellen und die Verlegung einer Zweigstelle 441 000,— DM aufgewandt; auch dieser Betrag ist voll abgeschrieben worden.

Einlagen

Die *Einlagen* erhöhten sich im Berichtsjahr um 27,6 Millionen DM auf 419,4 Millionen DM. Von dieser Zunahme entfielen 13,6 Millionen DM auf die *Spareinlagen*, die sich damit auf 104,2 Millionen DM erhöhten.

Über die Zusammensetzung der uns anvertrauten Gelder gibt die nachstehende Gegenüberstellung Aufschluß.

Einlagen der Nichtbankenkundschaft	1960	1959
<i>Sichteinlagen</i>	35,0 %	37,0 %
<i>Befristete Einlagen</i>	25,4 %	24,8 %
<i>Spareinlagen</i>	24,9 %	23,1 %
	<u>85,3 %</u>	<u>84,9 %</u>
Einlagen von Kreditinstituten		
<i>Sichteinlagen</i>	6,9 %	6,7 %
<i>Befristete Einlagen</i>	7,8 %	8,4 %
Gesamteinlagen	<u>100,0 %</u>	<u>100,0 %</u>

Aufgenommene langfristige Darlehen

Die *Aufgenommenen langfristigen Darlehen* sind von 9,8 Millionen DM auf 53,9 Millionen DM angestiegen. Diese Gelder gingen uns fast ausschließlich von der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU zu und wurden in der Hauptsache für Auftragsfinanzierungskredite eingesetzt.

Pensionsrückstellung

Die *Pensionsrückstellung* erhöhte sich wiederum um 0,9 Millionen DM; die Zuführung erfolgte auf Grund einer versicherungsmathematischen Berechnung.

Sonstige Passivposten

Die *Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)* belaufen sich auf 3,5 Millionen DM. Der Posten betrifft vornehmlich noch zu zahlende Steuern. Darüber hinaus umfaßt diese Position Beträge, die gegen Aktivposten nicht aufrechenbar sind.

Eventualverbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen* ermäßigten sich von 33,8 Millionen DM auf 28,0 Millionen DM.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln* sind um 0,2 Millionen DM höher mit 2,3 Millionen DM ausgewiesen.

Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll eingezahlte Aktien beliefen sich am Bilanzstichtag auf 350 573,50 DM.

Aufwendungen und Erträge

Die gesamten Unkosten einschließlich der Aufwendungen für Steuern betragen im Berichtsjahr 20,7 Millionen DM. Die *Personalaufwendungen* lagen mit 12,4 Millionen DM um 1,2 Mil-

tionen DM höher als im Vorjahr. Neueinstellungen, ferner die am 1. Januar 1960 erfolgte Anhebung der Tarifgehälter, das tarifmäßige Aufrücken, die Gewährung von Leistungszulagen und sonstige Gehaltserhöhungen trugen zu dieser Steigerung bei.

Im Zusammenhang damit nahmen auch die *Ausgaben für soziale Zwecke und Wohlfahrts-einrichtungen* zu. Sie stellten sich auf 1,8 Millionen DM gegenüber 1,7 Millionen DM im Vorjahr.

Die *sonstigen Handlungskosten*, in denen auch Instandsetzungs- und Unterhaltungskosten für das Bankgebäude sowie für die Räume unserer Zweigstellen enthalten sind, erhöhten sich um 0,2 Millionen DM auf 3,2 Millionen DM.

Steuern und steuerähnliche Abgaben stiegen um 0,6 Millionen DM auf 3,3 Millionen DM.

Die Überschüsse aus *Zinsen und Diskont* sind mit 11,1 Millionen DM, *Provisionen, Gebühren und sonstige Erträge* mit 14,1 Millionen DM zur Deckung der Aufwendungen eingestellt worden. Alle übrigen Einnahmen haben wir wie in den vergangenen Jahren zu Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und inneren Rücklagen verwendet.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes einschließlich der Ruhegehälter an frühere Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 438 644,— DM. Der Aufsichtsrat erhielt im Jahre 1960 eine Vergütung von insgesamt 70 000,— DM für das Geschäftsjahr 1959.

Wir schlagen vor,

3 000 000,— DM der *Freien Sonderreserve*

zuzuführen und den verbleibenden

Gewinn von 1 500 000,— DM

zur Ausschüttung einer

Dividende von 10 % auf das Grundkapital von 15 000 000,— DM

zu verwenden.

Kapital und Reserven

Nach Genehmigung der Zuweisung an die Freie Sonderreserve setzen sich die Eigenmittel der Bank wie folgt zusammen:

Grundkapital		15 000 000,— DM
Gesetzliche Reserve	1 500 000,— DM	
Freie Sonderreserve	10 500 000,— DM	12 000 000,— DM
	<u>insgesamt</u>	<u>27 000 000,— DM</u>

BERLIN, im April 1961

DER VORSTAND

Christian Fuhrmann Hennig
Döbereiner

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

In den Sitzungen des Aufsichtsrats wurden die Berichte des Vorstandes über die Geschäftsentwicklung und wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Prüfung und Genehmigung vorgelegten Geschäfte behandelt.

Der vorliegende Jahresabschluß und der Geschäftsbericht sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüfer gewählten TREUVERKEHR DEUTSCHE TREUHAND AKTIENGESELLSCHAFT, BERLIN, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Mit dem Bericht des Vorstandes und mit dem Vorschlag für die Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

Herr Dr. Clemens P l a s m a n n hat anlässlich seines Ausscheidens aus dem Vorstand der Deutschen Bank sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft mit der Beendigung unserer vorjährigen Hauptversammlung niedergelegt. Als Vorsitzender unseres Aufsichtsrats hat er seit 1953 die Entwicklung unserer Bank auf jede nur mögliche Weise tatkräftig gefördert. Für diese Unterstützung und das große Interesse, das er den Aufgaben der Berliner Disconto Bank stets entgegenbrachte, möchten wir ihm, zugleich im Namen des Vorstandes der Bank, auch an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank aussprechen.

BERLIN, im April 1961

DER AUFSICHTSRAT

Fritz Gröning

Vorsitzer

	DM	DM	31. 12. 1959 in 1000 DM
Kassenbestand		5 041 683,07	6 204
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		68 667 194,61	54 811
Postscheckguthaben		1 818 675,90	1 416
Guthaben bei Kreditinstituten (<i>Nostroguthaben</i>)			
a) täglich fällig	25 423 233,76		32 459
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	—		—
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	29 154 784,72		28 000
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine ..		54 578 018,48	60 459
Schecks		1 747 883,42	911
Wechsel		2 359 217,40	2 089
darunter:		61 587 212,49	61 517
a) bundesbankfähige Wechsel, soweit die Deutsche Bundesbank sie nicht allgemein vom Ankauf ausgeschlossen hat DM	55 703 905,55		
b) eigene Ziehungen DM	—		
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		2 257 465,—	—
darunter: des Bundes und der Länder DM	2 257 465,—		
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind			
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	16 101 108,56		15 163
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	31 994 861,76		31 770
c) börsengängige Dividendenwerte	4 694 479,62		3 883
d) sonstige Wertpapiere	133 751,02		—
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM	42 371 451,19	52 924 200,96	50 816
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand			
a) Ausgleichsforderungen	44 187 042,11		9 274
b) Deckungsforderungen	356 367,64		302
Konsortialbeteiligungen		44 543 409,75	9 576
Debitoren		1 446 641,54	1 134
a) Kreditinstitute	23 215 939,29		26 011
b) sonstige	144 896 343,88		123 303
Langfristige Ausleihungen		168 112 283,17	149 314
a) gegen Grundpfandrechte	1 381 290,53		1 241
b) gegen Kommunaldeckung	31 711 395,30		22 777
c) sonstige	12 682 071,40		12 912
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)		45 774 757,23	36 931
darunter: Sparprämien-Forderungen nach dem Spar PG DM	361 609,96	1 905 795,94	1 950
Beteiligungen		369 000,—	357
darunter: an Kreditinstituten DM	169 400,—		
Grundstücke und Gebäude			
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	3 500 000,—		3 750
b) sonstige	—		—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3 500 000,—	3 750
Sonstige Aktiva		1,—	—
Rechnungsabgrenzungsposten		1 389,50	2
		56 929,24	428
SUMME DER AKTIVA		516 691 758,70	441 650
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:			
a) Forderungen an Konzernunternehmen		49 903 157,20	57 593
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere im § 14 Abs. 1 und 3 Kreditwesengesetz genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsleiter oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstituts Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist		311 371,52	192

	DM	DM	DM	31. 12. 1959 in 1000 DM
Einlagen				
a) Sichteinlagen von				
aa) Kreditinstituten	28 857 895,67			
bb) sonstigen Einlegern	146 991 140,91	175 849 036,58		170 990
b) Befristete Einlagen von				
aa) Kreditinstituten	32 950 828,40			
bb) sonstigen Einlegern	106 363 052,36	139 313 880,76		130 245
darunter:				
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr .. . DM 103 516 683,80				
c) Spareinlagen				
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	84 523 350,83			
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	19 690 419,17	104 213 770,—		90 574
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			419 376 687,34	391 809
darunter:			425,—	375
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM —				
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite DM —				
ohne Akzepte und Solawechsel		2 033 174,41		2 351
abzüglich eigener Bestand		2 033 174,41		2 351
Aufgenommene langfristige Darlehen			—	—
a) gegen Grundpfandrechte		—		—
b) sonstige		53 895 561,16		9 817
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			53 895 561,16	9 817
darunter: Sparprämien-Gutschriften nach dem Spar PG DM 361 609,96			1 905 795,94	1 936
Grundkapital			15 000 000,—	15 000
Rücklagen nach § 11 Kreditwesengesetz				
a) Gesetzliche Reserve		1 500 000,—		1 500
b) Freie Sonderreserve	7 500 000,—			
Zuweisung	3 000 000,—	10 500 000,—		7 500
Pensionsrückstellung			12 000 000,—	9 000
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			5 606 915,—	4 639
Rechnungsabgrenzungsposten			3 459 811,18	4 226
Gewinn			3 946 563,08	3 473
			1 500 000,—	1 375
SUMME DER PASSIVA			516 691 758,70	441 650
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			28 037 832,88	33 807
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			2 316 882,07	2 103
In den Passiven sind enthalten:				
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)			5 068 825,55	4 707

AUFWENDUNGEN

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

	DM	1959 in 1000 DM
Personalaufwendungen	12 379 472,05	11 204
Ausgaben für soziale Zwecke und Wohlfahrtseinrichtungen	1 822 531,45	1 669
Sonstige Handlungskosten	3 213 525,25	2 961
Steuern und steuerähnliche Abgaben	3 250 918,20	2 701
Zuweisung an Freie Sonderreserve	3 000 000,—	2 500
Gewinn	1 500 000,—	1 375
	DM 25 166 446,95	22 410

BERLIN, im April 1961

BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT

*Christian Fuhrmann Hennig
Döbereiner*

	DM	1959 in 1000 DM
Zinsen und Diskont	11 108 484,64	9 538
Provisionen, Gebühren und sonstige Erträge	14 057 962,31	12 872
	DM 25 166 446,95	22 410

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

BERLIN, den 12. April 1961

TREUVERKEHR DEUTSCHE TREUHAND AKTIENGESELLSCHAFT

Milow
Wirtschaftsprüfer

ppa. Kramer
Wirtschaftsprüfer

EMISSIONSGESCHÄFTE, KAPITALERHÖHUNGEN AUS GESELLSCHAFTSMITTELN UND BÖRSENEINFÜHRUNGEN

im Jahre 1960

Öffentliche Anleihen

6 0/0 Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1960	5 0/0 und 6 0/0 Bodenkultur-Obligationen von 1959 der Hannoverschen Landeskreditanstalt Ausgaben F und H
6 1/2 0/0 Anleihe der Deutschen Bundesbahn von 1960	6 0/0 Pfandbriefe der Hannoverschen Landeskreditanstalt Serie 34
6 0/0 Anleihe der Deutschen Bundespost von 1960	5 1/2 0/0 und 6 0/0 Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank Reihen 11 u. 12
5 0/0 und 6 0/0 Pfandbriefe der Deutschen Landesrentenbank Reihen 35 und 37	6 0/0 Pfandbriefe der Niedersächsischen Wohnungskreditanstalt Reihen 23 und 25
5 1/2 0/0 und 6 1/2 0/0 Rentenschuldverschreibungen der Deutschen Landesrentenbank Reihen 38, 42 und 44	6 0/0 Anleihe des Landes Schleswig-Holstein von 1960
6 0/0 und 5 0/0 Schuldverschreibungen der Deutschen Landesrentenbank Serien 6 und 7	

Sonstige Anleihen, Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen

BP Benzin und Petroleum Aktiengesellschaft	Gewerkschaft Wintershall
Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank	Industriekreditbank Aktiengesellschaft
Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, vormals Roessler	Kommunales Elektrizitätswerk Mark Aktiengesellschaft

Inländische Aktien

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft	Bremer Woll-Kämmerei
Aktiengesellschaft für Verkehrswesen und Industrie	Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft
„Albingia“ Versicherungs-Aktiengesellschaft	J. Brüning & Sohn Aktiengesellschaft
Allgemeine Lokalbahn- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft	Chemie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft
Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft	Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft
Baumwollindustrie Erlangen-Bamberg Aktiengesellschaft	Daimler-Benz Aktiengesellschaft
Bayerische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft	DEMAG Aktiengesellschaft
Bayerische Elektrizitäts-Werke	Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank	Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft
Bayerische Vereinsbank	Deutsche Edelstahlwerke Aktiengesellschaft
Julius Berger Aktiengesellschaft	Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft
Berliner Handels-Gesellschaft	Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt, vormals Roessler
Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt	Deutsche Hypothekenbank
Brauhaus Nürnberg J. G. Reif Aktiengesellschaft	Deutsche Linoleum-Werke Aktiengesellschaft
Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank	Deutsche Spiegelglas Aktiengesellschaft
Breitenburger Portland-Cement-Fabrik	Deutsche Tafelglas - DETAG - Aktiengesellschaft
Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik	Deutsche Treuhand-Gesellschaft
	Didier-Werke Aktiengesellschaft
	Doornkaat Aktiengesellschaft

Dortmunder Actien-Brauerei
 Dortmund-Hörder Hüttenunion Aktiengesellschaft
 Dyckerhoff Zementwerke Aktiengesellschaft
 Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft
 Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft
 Farbwerke Hoechst Aktiengesellschaft
 vormals Meister Lucius & Brüning
 Frankfurter Hypothekenbank
 Handelsbank in Lübeck
 Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau
 vormals Gebr. Woge
 Herkulesbrauerei Aktiengesellschaft
 Hoffmann's Stärkefabriken Aktiengesellschaft
 Philipp Holzmann Aktiengesellschaft
 Hüttenwerke Kayser Aktiengesellschaft
 Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft
 Ilse Bergbau-Actiengesellschaft
 Industriekreditbank Aktiengesellschaft
 Kabelwerk Rheydt Aktiengesellschaft
 Kali-Chemie Aktiengesellschaft
 Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft
 Kaufhof Aktiengesellschaft
 Klöckner-Bergbau Königsborn-Werne
 Aktiengesellschaft
 Klöckner-Werke Aktiengesellschaft
 F. Küppersbusch & Söhne Aktiengesellschaft
 Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft
 Mannesmann Aktiengesellschaft
 Maschinenfabrik Buckau R. Wolf Aktiengesellschaft
 Metallgesellschaft Aktiengesellschaft
 Niederrheinische Bergwerks-Aktiengesellschaft
 Niederrheinische Hütte Aktiengesellschaft
 Norddeutsche Lederwerke Aktiengesellschaft
 Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau
 Aktiengesellschaft
 Phoenix Gummiwerke Aktiengesellschaft

Phoenix-Rheinrohr Aktiengesellschaft Vereinigte
 Hütten- und Röhrenwerke
 Pintsch Bamag Aktiengesellschaft
 Portland-Cementfabrik Germania Aktien-
 gesellschaft
 Portland-Zementwerke Heidelberg Aktien-
 gesellschaft
 Porzellanfabrik Kahla
 Reichhold Chemie Aktiengesellschaft
 Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft
 Rheinische Hypothekenbank
 Rheinische Stahlwerke
 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
 Aktiengesellschaft
 Rheinmetall Berlin Aktiengesellschaft
 Ruhrstahl Aktiengesellschaft
 „Sachtleben“ Aktiengesellschaft für Bergbau und
 Chemische Industrie
 Salamander Aktiengesellschaft
 Schlegel-Scharpenseel-Brauerei Aktiengesellschaft
 Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und
 Zinkhüttenbetrieb
 Siemens & Halske Aktiengesellschaft
 Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes
 Aktiengesellschaft
 Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft
 Thüringer Gasgesellschaft
 Thüringische Zellwolle Aktiengesellschaft
 August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft
 Transatlantische Versicherungs-Aktiengesellschaft
 Vereinigte Berliner Mörtelwerke
 Vereinigte Deutsche Metallwerke Aktiengesellschaft
 Vereinigte Glanzstoff-Fabriken Aktiengesellschaft
 Wasserwerk für das nördliche westfälische
 Kohlenrevier
 Westfalia Dinnendahl Gröppel Aktiengesellschaft
 Zellstofffabrik Waldhof

Ausländische Aktien

Banque de Paris et des Pays-Bas
 FIAT Società per Azioni
 MONTECATINI Società Generale per l'Industria
 Mineraria e Chimica, Anonima
 N. V. Internationale Beleggings Unie „Interunie“

PIRELLI Società per Azioni
 Société Anonyme des Forges et Aciéries du Nord
 et de l'Est
 Unilever N. V.

BERLINER DISCONTO BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: BERLIN W 30, Potsdamer Straße 140

Zweigstellen:

CHARLOTTENBURG

ERNST-REUTER-PLATZ

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 4-5

KURFÜRSTENDAMM 217

Berlin W 15

OLIVAER PLATZ

Berlin W 15, Kurfürstendamm 182-183

OTTO-SUHR-ALLEE

Berlin-Charlottenburg 1, Otto-Suhr-Allee 123
(Ecke Wilmersdorfer Str.)

REICHSKANZLERPLATZ

Berlin-Charlottenburg 9, Reichskanzlerplatz 2

SOPHIE-CHARLOTTE-PLATZ

Berlin-Charlottenburg 2, Bismarckstr. 68

ZOOLOGISCHER GARTEN

Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 27

FRIEDENAU

FRIEDENAU

Berlin-Friedenau, Rheinstr. 45-46

KREUZBERG

FRIEDRICHSTADT

Berlin SW 61, Friedrichstr. 210
(Ecke Kochstr.)

KREUZBERG

Berlin SW 61, Mehringdamm 48

NEUKÖLLN

BRITZ

Berlin-Britz 1, Fritz-Reuter-Allee 173
(nahe Gutschmidtstr.)

HERMANNPLATZ

Berlin-Neukölln, Hermannstraße 256-258

KOTTBUSSE DAMM 96

Berlin SW 61

NEUKÖLLN

Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. 163
(Ecke Uthmannstraße)

REINICKENDORF

REINICKENDORF

Berlin-Reinickendorf 1, Residenzstr. 156
(Ecke Klempkestraße)

SCHÖNEBERG

BAYERISCHER PLATZ

Berlin-Schöneberg, Bayerischer Platz 9

SCHÖNEBERG

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 51
(Ecke Dominicusstr.)

WITTENBERGPLATZ

Berlin W 30, Tauentzienstr. 1

SPANDAU

SPANDAU

Berlin-Spandau, Markt 12-13

SPANDAU-WILHELMSTADT

Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Str. 146

STEGLITZ

LANKWITZ

Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 53/55
(Ecke Rauhstraße)

STEGLITZ

Berlin-Steglitz, Schloßstr. 95

TEMPELHOF

MARIENDORF

Berlin-Mariendorf, Rathausstr. 56
(am Fruchthof)

TEMPELHOF

Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm 126

TIERGARTEN

MOABIT

Berlin NW 21, Alt-Moabit 109

WEDDING

WEDDING

Berlin N 65, Müllerstr. 37

WILMERSDORF

HALENSEE

Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 112-113

SÜDWESTKORSO

Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 42
(Ecke Landauer Str.)

WILMERSDORF

Blü.-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 84-85

ZEHLENDORF

ZEHLENDORF

Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 5

DEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

ZENTRALEN:

Düsseldorf · Frankfurt (Main) · Hamburg

NIEDERLASSUNGEN an folgenden Plätzen:

Aachen mit 2 Zweigstellen	Bretten (Baden)	Freiburg (Breisgau) mit 1 Zweigstelle	Iburg T. W.
Aalen (Württemberg)	Bruchsal	Friedrichshafen	Idar-Oberstein mit 1 Zahlstelle
Ahlen (Westfalen)	Brühl (Bezirk Köln)	Fürth (Bayern)	Ingelheim
Alfeld (Leine)	Castrop-Rauxel	Fulda	Ingolstadt (Donau)
Alsdorf (Kreis Aachen)	Celle	Garmisch-Partenkirchen	Iserlohn
Altena (Westfalen)	Coburg	Geldern	Itzehoe (Holstein)
Alzey	Darmstadt	Gelsenkirchen mit 2 Zweigstellen	Kaiserslautern
Andernach	Datteln (Westfalen)	Georgsmarienhütte (Kreis Osnabrück)	Karlsruhe (Baden) mit 1 Zweigstelle
Aschaffenburg	Deidesheim	Gernsbach (Murgtal)	Kassel mit 3 Zweigstellen
Attendorn	Delmenhorst i. O.	Gießen	Kehl (Baden)
Augsburg	Detmold	Gifhorn	Kempten (Allgäu)
Bad Dürkheim	Dillenburg	Gladbeck (Westfalen)	Kierspe (Westfalen)
Baden-Baden	Dinslaken (Niederrhein)	Goch	Kleve
Bad Godesberg	Dorsten	Göppingen	Koblenz
Bad Hersfeld	Dortmund mit 4 Zweigstellen	Göttingen	Köln mit 9 Zweigstellen und 1 Zahlstelle
Bad Oeynhausens	Dülken	Goslar	Köln-Mülheim
Bad Oldesloe	Düren	Grevenbroich (Niederrhein)	Konstanz
Bad Pyrmont	Düsseldorf mit 14 Zweigstellen	Gronau (Westfalen)	Krefeld mit 1 Zweigstelle
Bad Sachsa (Südharz)	Düsseldorf-Benrath	Gütersloh	Krefeld-Uerdingen
Bad Salzuflen	Duisburg mit 4 Zweigstellen	Gummersbach	Kreuztal (Kreis Siegen)
Bad Wildungen	Duisburg-Hamborn mit 1 Zweigstelle	Haan (Rheinland)	Laasphe
Bamberg	Duisburg-Meiderich	Hagen	Lahr (Schwarzwald)
Barsinghausen	Duisburg-Ruhrort mit 1 Zweigstelle	Hamburg	Landau (Pfalz)
Beckum (Bez. Münster)	Ebingen (Württemberg)	Hamburg-Altona	Landstuhl
Bensheim	Einbeck	Hamburg-Harburg	Langenfeld (Rheinland)
Bergisch-Gladbach	Elmshorn	Hameln	Leer (Ostfriesland)
Bergneustadt	Emmerich	Hamm (Westfalen)	Lengerich (Westfalen)
Bernkastel-Kues	Emsdetten	Hanau	Leverkusen
Beuel	Ennepetal (Westfalen)- Milspe	Hannover mit 5 Zweigstellen	Lippstadt
Biberach (Riß)	Eschweiler (Kr. Aachen)	Hattingen (Ruhr)	Lobberich
Bielefeld	Essen mit 8 Zweigstellen	Heidelberg mit 1 Zweigstelle	Lörrach
Bingen (Rhein)	Eßlingen (Neckar)	Heidenheim (Brenz)	Ludwigsburg
Bochum mit 1 Zweigstelle	Ettlingen (Baden)	Heilbronn (Neckar)	Ludwigshafen (Rhein) mit 2 Zweigstellen
Bonn	Euskirchen	Hemer (Kreis Iserlohn)	Lübeck
Bottrop	Fellbach (Württemberg)	Herford	Lüdenscheid
Brackwede (Westfalen)	Frankenthal (Pfalz)	Herne	Lüneburg
Brand (Kreis Aachen)	Frankfurt (Main) mit 9 Zweigstellen	Hildesheim	Maikammer
Braunschweig mit 6 Zweigstellen und 1 Zahlstelle	Frankfurt (Main)- Höchst	Hohenlimburg	Mainz
Bremen mit 8 Zweigstellen und 1 Wechselstube		Homberg (Niederrhein)	Mannheim mit 8 Zweigstellen
Bremerhaven mit 2 Zweigstellen und 1 Zahlstelle		Hüthum bei Emmerich	Marl-Hüls

Menden (<i>Sauerland</i>)	Olpe	Schwelm	Weil (<i>Rhein</i>)
Mettmann	Opladen	Schwenningen (<i>Neckar</i>)	Weinheim (<i>Bergstraße</i>)
Minden (<i>Westfalen</i>)	Osnabrück	Schwetzingen (<i>Baden</i>)	Werdohl
Mönchengladbach	Osterode (<i>Harz</i>)	Siegen	Wesel
Moers	Paderborn	Singen (<i>Hobentwiel</i>)	Wessling (<i>Bezirk Köln</i>)
mit 1 Zweigstelle	Papenburg (<i>Ems</i>)	Soest	Wiesbaden
Mosbach (<i>Baden</i>)	Peine	Solingen	mit 2 Zweigstellen
Mülheim (<i>Ruhr</i>)	Pforzheim	Solingen-Ohligs	Wilhelmshaven
München	Pirmasens	Solingen-Wald	Wissen (<i>Sieg</i>)
mit 11 Zweigstellen	Ratingen	Speyer	Witten
Münster (<i>Westfalen</i>)	Ravensburg	Stolberg (<i>Rheinland</i>)	mit 1 Zweigstelle
Neheim-Hüsten	Reddinghausen	Stuttgart	Wittlich
Neunkirchen (<i>Kr. Siegen</i>)	Regensburg	mit 4 Zweigstellen	Wolfenbüttel
Neuß	Remscheid	Stuttgart-Bad Cannstatt	Wolfsburg
Neustadt (<i>Weinstraße</i>)	Remscheid-Lennep	Traben-Trarbach	mit 1 Zweigstelle
Neuwied	Reutlingen	Triberg (<i>Schwarzwald</i>)	Worms
Norden (<i>Ostfriesland</i>)	Rheinberg (<i>Rheinland</i>)	Trier	Würzburg
Nordhorn	Rheine (<i>Westfalen</i>)	Tübingen	Wuppertal-Elberfeld
Nürnberg	Rheinfelden (<i>Baden</i>)	Ulm (<i>Donau</i>)	mit 1 Zweigstelle
mit 2 Zweigstellen	Rheydt	Unna	Wuppertal-Barmen
Nürtingen	Rüsselsheim (<i>Hessen</i>)	Velbert (<i>Rheinland</i>)	mit 1 Zweigstelle
Oberhausen (<i>Rheinland</i>)	Säckingen	Verden (<i>Aller</i>)	Wuppertal-Cronenberg
mit 3 Zweigstellen	Salzgitter-Bad	Viersen	Wuppertal-Ronsdorf
Oberkirch (<i>Baden</i>)	Salzgitter-	Villingen (<i>Schwarzwald</i>)	Wuppertal-Vohwinkel
Oesede (<i>Bez. Osnabrück</i>)	Gebhardshagen	Walsum (<i>Niederrhein</i>)	Wylter
Offenbach (<i>Main</i>)	Salzgitter-Lebenstedt	Wanne-Eickel	Zell (<i>Mosel</i>)
mit 1 Zweigstelle	Salzgitter-Watenstedt	Wattenscheid	Zweibrücken
Offenburg (<i>Baden</i>)	Schwäbisch Gmünd	Weidenau (<i>Sieg</i>)	

Bankhaus WILH. AHLMANN, Kiel · 3 Zweigstellen

Bankhaus J. WICHELHAUS P. SOHN A.-G., Wuppertal-Elberfeld

GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MBH., Teilzahlungsbank

Niederlassungen in Wuppertal-Elberfeld, Berlin, Hamburg, Ulm

SAARLÄNDISCHE KREDITBANK AKTIENGESELLSCHAFT, Saarbrücken

Filialen in Homburg (Saar), Merzig, Neunkirchen (Saar), Saarlouis, St. Ingbert

VERTRETUNGEN IM AUSLAND:

<i>Argentinien:</i>	Buenos Aires
<i>Brasilien:</i>	São Paulo und Rio de Janeiro
<i>Chile:</i>	Santiago
<i>Mexico:</i>	México I, D. F.
<i>Nab- und Mittelost:</i>	Kairo (VAR/Ägypten)
<i>Türkei:</i>	Istanbul-Beyoglu
<i>Venezuela:</i>	Caracas

